

„Leistung muss sich wieder lohnen“

Zur intersektionalen Analyse

kultureller Symbole

NINA DEGELE UND GABRIELE WINKER

„Wer nicht hart arbeitet, wird es nie zu etwas bringen.“ Das Zitat stammt nicht vom wirtschaftsliberalen Außenminister und Vizekanzler Guido Westerwelle, sondern von der rebellischen Punk-Ikone Patti Smith (SZ, 18.3.10). Nun hat die New Yorkerin Smith nicht gegen deutsche Hartz IV-EmpfängerInnen gewettert und auch keine soziale Hängematte angeprangert, auf der sich vermeintlich faule LeistungsverweigerInnen staatlich subventionieren ließen. Sie präsentiert vielmehr Erfolg als Chance, der von Anstrengung und Initiative der Einzelnen abhängt und bekräftigt das Leistungsprinzip „als eine normative Selbstdefinition moderner Gesellschaften“ (Solga 2005: 23). Debatten um Leistung, Leistungsträger und Drückeberger sind Beispiele dafür, wie kulturelle Symbole Herrschaftsverhältnisse und damit verbundene Ungleichheiten herstellen, transportieren und performativ verstärken, grundsätzlich könnten sie diese auch herausfordern und in Frage stellen. Wie aber ist eine Analyse kultureller Symbole in verschiedenen Kontexten entlang unterschiedlichster Differenzkategorien theoretisch und empirisch denkbar? Das ist nach wie vor eine offene theoretische wie methodische Frage.

Eine Antwort sehen wir im Konzept der Intersektionalität, das Wechselwirkungen zwischen Ungleichheit generierenden Kategorien wie Geschlecht, Ethnie, Klasse, Bildung, Alter u.v.m. benennt. Dabei wird allerdings in der Regel nicht expliziert, wie diese Wechselwirkungen theoretisch und empirisch zu fassen sind und auf welchen Ebenen sich soziale Ungleichheiten intersektional analysieren lassen. Diese Verkürzung überwindet unsere intersektionale Mehrebenenanalyse, die bei der Untersuchung von Wechselwirkungen zwischen Ungleichheit generierenden Kategorien gleichzeitig auch die Wechselwirkungen zwischen drei Ebenen – nämlich von Sozialstrukturen, symbolischen Repräsentationen und Identitätskonstruktionen – berücksichtigt. Der methodologische Ausgangspunkt ist dabei die Fokussierung auf soziale Praxen. Damit werden Herrschaftsverhältnisse wie Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen in ihrer Vielfältigkeit und Verwobenheit auf den drei Ebenen deutlich.

Unter pragmatischen Gesichtspunkten kann eine empirische Untersuchung allerdings nicht immer alle ungleichheitsrelevanten Dimensionen auf allen Ebenen gleichzeitig abdecken, dennoch sollten Intersektionalitätsanalysen den Blick aufs Ganze im Blick behalten. Wie ein solcher Spagat gelingen kann, wollen wir in unserem Beitrag verdeutlichen. Zunächst skizzieren wir unser Verständnis von Intersektionalität. Danach zeigen wir, wie auch bei der Analyse kultureller Symbole und damit bei einem auf eine Ebene fokussierten Vorgehen ein intersektionaler Mehrebenenansatz Sinn macht. Dies verdeutlichen wir am Beispiel des Leistungsprinzips als einer wirkmächtigen Figur in kapitalistisch strukturierten Gegenwartsgesellschaften.

Theorie: Intersektionale Ungleichheitsanalyse

Seit den 1990er Jahren interessieren in den Gender, Queer und Postcolonial Studies Wechselwirkungen zwischen Ungleichheit generierenden Dimensionen wie Geschlecht, Klasse, Rasse¹ oder auch Sexualität. Dafür hat sich der Begriff Intersektionalität durchgesetzt: Statt die Wirkungen von zwei, drei oder mehr Unterdrückungen lediglich zu addieren, betonen die ProtagonistInnen des Konzepts, dass die Kategorien in verwobener Weise auftreten und sich wechselseitig verstärken oder auch abschwächen können. So ist das Konzept der Intersektionalität auf dem besten Weg, zu einem neuen Paradigma in den Gender und Queer Studies zu avancieren: Es verfügt über ein Strömungen übergreifendes Potenzial und bietet Perspektiven für konstruktive Weiterentwicklungen und Anwendungen (Davis 2008).

Nach wie vor aber stehen Intersektionalitätsansätze vor einer Reihe offener Fragen. Welche und wie viele Ungleichheit generierende Kategorien sollen Berücksichtigung finden? Wie ist deren Überschneidungen theoretisch zu denken, methodisch umzusetzen und empirisch zu erfassen? Zur Bearbeitung und Lösung solcher Probleme schlagen wir in Anschluss an wissenschaftstheoretische Überlegungen von Sandra Harding (1991: 53ff.) einen Mehrebenenansatz auf folgender Grundlage vor: Wir berücksichtigen sowohl gesellschaftliche Sozialstrukturen inklusive Organisationen und Institutionen (Makro- und Me-soebene) sowie Prozesse der Identitätsbildung (Mikroebene) als auch kulturelle Symbole (Repräsentationsebene).

1 Im deutschsprachigen Kontext erscheint in der gender- und queertheoretischen Literatur der Begriff Rasse mit Rücksicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit zumeist in Anführungszeichen oder alternativ wird der englische Begriff race statt Rasse verwendet. Wir wollen mit diesem Begriff Prozesse der Rassisierung, also Prozesse der Rasse erst konstruierenden Ausgrenzung und Diskriminierung sowie ihre gewaltförmige Naturalisierung und Hierarchisierung deutlich machen. Deshalb verzichten wir hier bewusst auf die Anführungszeichen. Für andere Kontexte mag die Entscheidung für die passende Schreibweise durchaus abweichend ausfallen.

„Wir begreifen Intersektionalität als kontextspezifische, gegenstandsbezogene und an sozialen Praxen ansetzende Wechselwirkungen ungleichheitsgenerierender sozialer Strukturen (d.h. von Herrschaftsverhältnissen), symbolischer Repräsentationen und Identitätskonstruktionen“ (Winker/Degele 2009: 15).

Entsprechend schlagen wir eine intersektionale Mehrebenenanalyse vor, die ausgehend von sozialen Praxen die Bedeutung von Differenzierungskategorien auf drei Ebenen – mit Blick auf soziale Strukturen, symbolische Repräsentationen und Identitätskonstruktionen – in ihren Wechselwirkungen berücksichtigt. Die Frauen- und Geschlechterforschung hat in den letzten Jahrzehnten einige hilfreiche und weiterführende theoretische Ansätze entwickelt, die wir verbinden. So greifen wir erstens auf die strukturorientierte Feminismusdebatte der 1970er und 80er Jahre zurück, die in der Debatte um Herrschaftsverhältnisse das Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat im Blick hat. Zweitens nehmen wir die identitätsbezogene ethnomethodologisch orientierte Debatte um *doing gender* oder *doing difference* der 1980er Jahre auf und drittens beziehen wir uns auf die repräsentationsorientierte Debatte um das performative Hervorbringen und Verfestigen von Normen und Werten rund um das Werk von Judith Butler seit den 1990er Jahren. Wir bringen diese drei Stränge zusammen und können, indem wir statt aus einer, aus drei feministischen Perspektiven auf gesellschaftliche Konstruktionsprozesse schauen, mehr erkennen. Das Ziel unseres Forschungsansatzes besteht darin, die immer wieder neu mit verschiedenen Differenzkategorien und auf verschiedenen Ebenen konstruierten Hierarchisierungen und Diskriminierungen in ihren Verwobenheiten aufzudecken. Dazu behaupten wir als theoretische Klammer eine kapitalistisch strukturierte Gesellschaft mit der grundlegenden Dynamik ökonomischer Profitmaximierung. Diese hält – trotz aller empirisch zu beobachtenden Widersprüche bis hin zu massiven Krisen – eine sich selbst reproduzierende und perpetuierende Struktur aufrecht. Intersektionalitätstheoretisch hat das für alle drei Ebenen Folgen.

Reproduktion der Arbeitskraft (Struktur): Voraussetzung für die Aufrechterhaltung kapitalistisch strukturierter Gesellschaften ist neben der Sicherung der sozio-ökonomischen Produkti-

onsverhältnisse und der Wiederherstellung der Produktionsmittel auch die möglichst kostengünstige Reproduktion der Arbeitskräfte. Erforderlich ist dazu der kurzfristige Zugriff auf geeignete, passend qualifizierte und flexible Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen, ohne dass für deren Reproduktion und Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. Dies gelingt durch einen flexibilisierten Zugang zum Arbeitsmarkt, durch Lohndifferenzierungen und durch kostengünstige Reproduktionsarbeit. Letzteres erfolgt vor allem über die Auslagerung unbezahlter Reproduktionsarbeit an Frauen in Familien – möglichst zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit – und damit über die Strukturkategorie Geschlecht (vgl. Winker 2007). Aber auch die Kategorien Klasse, Rasse und – wie wir behaupten – Körper differenzieren und regeln den Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt, die ungleiche Verteilung von Löhnen und Gehältern sowie die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Entlang dieser vier Strukturkategorien lässt sich also gesellschaftlich notwendige Arbeit sowohl in der Produktions- als auch der Reproduktionssphäre ungleich zuordnen. Auf dieser Ebene struktureller Herrschaftsverhältnisse ist es nicht zuletzt um der analytischen Aussagekraft willen sinnvoll, die Zahl der zu berücksichtigenden Ungleichheitskategorien möglichst gering zu halten. So unterscheiden wir vier Herrschaftsverhältnisse entlang der Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper, nämlich Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen.

Dabei erfassen wir mit der Strukturkategorie Geschlecht nicht nur die Frau-Mann-Unterscheidung und damit die Zweigeschlechtlichkeit, sondern auch die eng damit verbundene heterosexuelle Zuordnung und Hierarchisierung. Damit integrieren wir in die Strukturkategorie Geschlecht die in intersektionalen Zusammenhängen oft vorgeschlagene Kategorie Sexualität und trennen nicht künstlich Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung. Ferner erweitern wir auf der Strukturebene die in den Sozialwissenschaften gängige Dreierkette von Rasse, Klasse und Geschlecht um die Kategorie Körper, da wir mit dieser Strukturkategorie neben der kulturellen Leistungsfähigkeit (Bildung, Beruf usw.) die körperliche Leistungsfähigkeit als wichtige Grundvoraussetzung für das individuelle Reproduktionshandeln und den Verkauf der eigenen Arbeitskraft berücksichtigen.

sichtigen können. Während Rasse und Geschlecht mit dem Rekurs auf eine vermeintliche Naturhaftigkeit begründet und legitimiert wird, ist das bei Klasse schon längst nicht mehr der Fall. Statt Naturalisierung sind dort Verbesserung, Optimierung und der Glaube an den möglichen Aufstieg herrschende Legitimationen – und genau darin trifft sich die inzwischen entnaturalisierte Kategorie Klasse mit Körper. So sind sowohl Alter wie körperliche Verfasstheit, Gesundheit und Attraktivität in den letzten Jahrzehnten in Arbeitszusammenhängen immer bedeutender geworden und entscheiden über die Verteilung von Ressourcen. Wie diese sozialen Strukturen durch Normen, Werte sowie Ideologien gebildet, verändert und herausgefordert werden, analysieren wir auf unserer zweiten Untersuchungsebene der symbolischen Repräsentationen.

Symbolische Reproduktion der sozio-ökonomischen Verhältnisse (Repräsentationen): Das kapitalistische Grundprinzip stellt insofern ein „absurdes System“ dar (Boltanski/Chiapello 2003: 42), als die ArbeitnehmerInnen die Eigentums- und Verfügungsrechte an den Produkten ihrer Arbeit an Kapitalisten und Manager verlieren. Gegen den Vorwurf der Ungerechtigkeit bedarf es deshalb einer ideologischen Rechtfertigung. Solche Normen, Ideologien und Repräsentationen als hegemonial abgesicherte Begründungen wiederum beruhen auf naturalisierenden und/oder hierarchisierenden Bewertungen auf der Grundlage unterschiedlichster Differenzkategorien. Im Unterschied zur Strukturebene müssen sich die Differenzierungen nicht einer oder mehreren der vier Strukturkategorien zuordnen lassen. Denn im Vordergrund steht hier nicht wie bei der Bestimmung struktureller Herrschaftsverhältnisse eine notwendige Reduktion von Komplexität. Gleichwohl ist die Repräsentationsebene für die Bildung und Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheiten kein bloßes Addendum. Symbolische Repräsentationen stützen als Ideologien und Normen der Rechtfertigung strukturelle Herrschaftsverhältnisse und werden von diesen gleichzeitig auch mit hervorgebracht. Als Sicherheitsfiktionen ermöglichen Normen und Werte Identitätskonstruktionen, und diese individuellen Subjektivierungsprozesse stabilisieren wiederum symbolische Repräsentationen durch performative Wiederholungen.

Verunsicherung der sozialen AkteurInnen (Identitäten): Die Reproduktion der Arbeitskräfte ist für die kapitalistische Akkumulation überlebenswichtig; gleichzeitig sichert sie die Lebensgrundlage aller Einzelnen. In einer kapitalistischen Gesellschaft geschieht dies primär durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft oder aber durch familiäre oder sozialstaatliche Transferzahlungen. Alle drei Wege der eigenen Lebensabsicherung sind mit vielfältigen Unsicherheiten verbunden. Hohe Erwerbslosenquoten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Lohnkürzungen und die Reduktion wohlfahrtsstaatlicher Ausgleichzahlungen führen für viele zu erhöhter Verunsicherung. Identitäten, welche in Abgrenzung zu Anderen konstruiert werden, schaffen individuelle Sicherheit durch Zugehörigkeit. Sie bedürfen aber gleichzeitig einer aktiven Konstruktionsleistung durch das Individuum. Auf die Verwobenheit von Kategorien bei der Konstruktion von Identitäten verweist der *doing difference* Ansatz, wonach Geschlecht, Klasse und Ethnie simultan entstehen und wirken (West/Fenstermaker 1995). Dies muss allerdings auch Prozesse des Irrelevantmachens von Kategorien einschließen, wie es z. B. Stefan Hirschauer (2001) oder Francine Deutsch (2007) für *undoing gender* aufgezeigt haben. Aufgrund fortschreitender Individualisierungsprozesse macht es dabei freilich keinen Sinn, die Kategorien auf Geschlecht, Klasse und Ethnizität zu begrenzen. Als Konsequenz muss ein Intersektionalitätsansatz die Anzahl der für die Analyse zur Verfügung stehenden und erforderlichen Kategorien auch auf dieser Untersuchungsebene prinzipiell offen halten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Auf der Strukturebene benennen wir vier Herrschaftsverhältnisse, setzen aber keines als dominant voraus, sondern fokussieren auf ihre Verwobenheiten. Ferner gehen wir davon aus, dass die Beziehungen dieser Herrschaftsverhältnisse untereinander einem historischen Wandel unterliegen. Dabei können Bedeutungsverschiebungen von einer Kategorie zu anderen stattfinden. Als Konstante bleibt allerdings festzuhalten, dass Ein- und Ausschlüsse entlang dieser vier Strukturkategorien eine ungleiche Ressourcenverteilung aufrechterhalten. Wie diese empirisch ausgestaltet ist, lässt sich nicht theoretisch ableiten, zumal sie von den sozialen Praxen der AkteurInnen abhängt. Diese sind Ausgangspunkt unseres empirischen Vorgehens. Abgesichert wer-

den diese Herrschaftsverhältnisse durch handlungsorientierende und strukturbildende Normen und Ideologien, die wir mit der Analyse symbolischer Repräsentationen berücksichtigen. Wirksam sind ferner Identitätskonstruktionen, die mit dem Verweis auf Andere vermeintliche Sicherheiten schaffen, ohne Normen und Strukturen nicht denkbar sind und auf diese wieder zurückwirken. Wir blicken aus drei Perspektiven auf soziale Praxen. Entsprechend arbeiten wir empirisch Identitätskonstruktionen und deren Bezüge zu sozialen Strukturen und symbolische Repräsentationen heraus.

Um diesen Theorieansatz in der empirischen Praxis anwenden zu können, sind methodische Werkzeuge erforderlich. Methodologisch zeigen wir die Zusammenhänge und Abhängigkeiten der drei Ebenen auf, indem wir fragen, welche Wechselwirkungen die jeweiligen Konstruktionen auf einer Ebene auf die beiden anderen genannten Ebenen haben.

Methodologie: Praxeologische Intersektionalität

Die drei von uns fokussierten Ebenen sind nicht nur durch den kontextuellen Rahmen der kapitalistischen Akkumulation miteinander verbunden, sondern auch durch soziale Praxen aller Einzelnen. Über soziale Praxen, d.h. soziales Handeln und Sprechen, entwerfen sich Subjekte in sozialen Kontexten, konstruieren Identitäten, verarbeiten den Einfluss bestimmter symbolischer Repräsentationen, stützen gesellschaftliche Strukturen oder stellen sie in Frage. Umgekehrt bilden die drei angesprochenen Ebenen den Rahmen für soziale Praxen. Letztere sind also durch Differenzkategorien und die genannten drei Ebenen miteinander verbunden. Deshalb bildet die Analyse beobachtbarer sozialer Praxen den methodologischen Ausgangspunkt unserer intersektionalen Mehrebenenanalyse.

Mit Bourdieus Theorie der Praxis gehen wir davon aus, dass der Ausgangspunkt und Gegenstand der Analyse die sozialen Praxen sein sollten, die einer empirischen Untersuchung zugänglich sind. Bourdieu zufolge ist Praxis im Gegensatz zur Logik der Wissenschaft durch Widersprüche, fehlende Handlungsentlastung und Unumkehrbarkeit gekennzeichnet; Wider-

sprüche sind konstitutiv für das Soziale (Bourdieu 1993: 25f.). So fordert Bourdieu eine Theorie der Praxis, die die scharfe Trennung von Empirie und Theorie überwindet (Bourdieu 1993: 147-180) und damit der Praxis mit ihrer eigensinnigen Logik gerecht werden soll. Dahinter steht eine intersektionalitätstheoretisch wichtige Einsicht: Nicht alles ist klassifizierbar, theoretische Kategorien sind nicht unbedingt Kategorien der Empirie. Das wiederum bedeutet, empirische Analysen nicht mit theoretischen Konzepten, sondern mit sozialen Praxen beginnen zu lassen. Konkret heißt das in unserem Fall, dass wir den Zusammenhang von Klassen-, Geschlechter-, Rassen- und Körperverhältnissen sehr wohl im Blick haben, unbeeindruckt davon aber mit der Analyse im Alltag von Menschen beginnen. Mit einem solchen Vorgehen schließen wir uns gleichzeitig Bourdieus Forderung nach einem strikt relationalen Vorgehen an (Bourdieu 1998: 15). Das bedeutet, dass sich keine soziale Tatsache aus ihrem singulären Sosein erklären lässt, jedes Element wird vielmehr durch die Beziehungen zu anderen Elementen charakterisiert. Erst durch Relationieren, d.h. durch die Spezifizierung der Kontexte, innerhalb derer ein Phänomen zu beobachten ist, lässt sich seine Funktion und Bedeutung erschließen. Ausgehend vom empirischen Handeln und Sprechen von Personen rekonstruieren wir Identitäten, die sie herstellen sowie Strukturen und Normen, auf die sie rekurren: Auf welche Kategorien beziehen sich die AkteurInnen bei ihren Subjektivierungsprozessen? Welche Normen, Leitbilder und Deutungsmuster sind bei ihnen wirksam? In welche strukturellen Zusammenhänge ist ihr Handeln eingebettet? Mit solchen Fragen gilt es, die drei Untersuchungsebenen zueinander in Beziehung zu setzen und dabei die Wechselwirkungen verschiedener Differenzkategorien nicht aus den Augen zu verlieren.

Um das Ziel einer gleichermaßen theoriegeleiteten wie auch explorativen Sozialforschung zu erreichen, plädieren wir für eine Kombination von überraschungsoffener und theoriegeleiteter Forschung. Konkret meinen wir damit eine Verbindung induktiver und deduktiver Verfahren: Die Untersuchung muss offen sein für Überraschungen, d.h. jedwede Kategorie kann relevant sein oder auch nicht – sie muss diese Relevanzen aber auch sehen können. Die Verbindung zahlenmäßig begrenzter Strukturkategorien mit anzahllosen Identitäts- und Repräsen-

tationskategorien lässt sich als Wechselspiel deduktiver (theoriegeleiteter) und induktiver (überraschungsoffener) Vorgehensweisen rekonstruieren. Durch theoriegeleitete Vorgaben wird es möglich, unbenannte (weil selbstverständliche und deshalb nicht thematisierte) Positionen wie hierarchisch oben positionierte Seiten wie männlich, heterosexuell, nicht-behindert oder Weiß aufzuspüren. Gleichzeitig können auf der Identitäts- und Repräsentationsebene auch zusätzliche Differenzkategorien auftauchen, die es bei der Auswertung zu berücksichtigen gilt.

Der gewählte Fokus auf Verbindungen (zwischen Theorie und Empirie, Deduktion und Induktion) ist der Prozesshaftigkeit von Sozialität, also der untersuchten Gegenstände, geschuldet. Denn die AkteurInnen sind es, die gesellschaftliche Strukturen beständig herstellen und reproduzieren (Giddens 1984). Die Repräsentationsebene liegt in Form symbolisch codierter Normen und Ideologien quer zu Identitätskonstruktionen (auf der Mikroebene) und Sozialstrukturen (auf der Makro- und Mesoebene) und taucht in sozialstrukturorientierten Ungleichheitsanalysen selten als eigenständige Ebene auf. Uns erscheint es dagegen wichtig, symbolische Repräsentationen auch unabhängig von ihren sozialen TrägerInnen in ihrer Wirkungsmacht benennen zu können. Denn auch symbolische Repräsentationen ‚machen‘ Strukturen in Form von Anrufungen, wie sie in Werbebotschaften, Gesetzen oder Massenmedien materialisiert sind. Die soziale Ordnung setzt sich dadurch fortschreitend in den Köpfen der Menschen fest, sie wird unbewusst, und damit wird auch die soziale Klassifikation unsichtbar. Identitätskonstruktionen von AkteurInnen und Repräsentationen sind also über Performativität miteinander verknüpft und bringen Strukturen hervor. Die hergestellten Strukturen wiederum werden nur in Form von Vollzug aktiv. Identitäten und Repräsentationen sind damit Struktur erhaltende und Struktur bildende Faktoren.

Vor diesem Hintergrund unterscheiden wir analytisch sechs mögliche Verbindungen zwischen Identität (I), Struktur (S) und Repräsentation (R) je nach betrachteter Richtung: $I \rightarrow R$, $R \rightarrow I$, $S \rightarrow R$, $R \rightarrow S$, $S \rightarrow I$ und $I \rightarrow S$. Diese sechs Verbindungslinien können von unterschiedlicher Form sein, sie können etwa abschwächende, verstärkende oder auch neutrale Wirkungen wie

etwa als Persistenz, Rücknahme, Modifikation, Verstärkung, Abschwächung, fehlende Resonanz, Widerstand, Anpassung oder auch Revolution zeitigen. In jedem Fall geht es darum, den Blick auf Prozesse zu richten und nicht auf die Ebenen allein. Vor diesem Hintergrund besteht das intersektionale Handwerk darin, mit diesem hier nur skizzierten Modell von Wechselwirkungen verschiedene Formen und Verschiebungen von Ein- und Auswirkungen konzeptuell einzufangen und Widersprüche zu rekonstruieren und zu erklären.

Für die methodische Umsetzung dieses Konzepts schlagen wir ein Modell mit acht Schritten vor, das – entsprechend der Theorie der Praxis von Bourdieu – bei empirisch erfassbaren sozialen Praxen (z. B. in Interviews, Gruppendiskussionen) beginnt (vgl. ausführlicher Winker/Degele 2009, 79ff.). Wir gehen induktiv von einer nach oben offenen Anzahl von Kategorien aus, um verschiedenartige Identitätskonstruktionen und unterschiedliche Normen, Werte sowie Ideologien und auch Verweise auf Strukturen in ihrer Vielfalt zu berücksichtigen. Genauer gesagt setzen wir an konkreten Phänomenen an und analysieren sie im Hinblick auf dabei wirksame Ungleichheitsdimensionen. Mit diesem Vorgehen wollen wir die Wechselwirkungen und unterschiedlichen Gewichtungen von Ungleichheitsdimensionen und Herrschaftsverhältnissen auf den drei Ebenen in den Blick bekommen. So fragen wir auf der Strukturebene, welche Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen im Feld erkennbar und wie sie untereinander verwoben sind. Dann untersuchen wir deren Wirkungen auf die Identitätsebene. Weiter fragen wir, wie identifizierte Identitätskonstruktionen Strukturen stützen oder relativieren. In beiden Untersuchungsschritten wird sichtbar, ob und inwiefern Individuen (oder die abstrahierten Typen) von den vier Herrschaftsstrukturen betroffen sind. Ein ähnliches Vorgehen durchlaufen wir, indem wir die kontextualisierten symbolischen Repräsentationen als Ausgangspunkt nehmen. Welche Wirkungen haben diese Normen auf Identitätskonstruktionen in dem von uns untersuchten Kontext? Welche typischen Selbstbilder verweisen auf die Wirksamkeit bestimmter Repräsentationen? Auch stellen wir umgekehrt die Frage, wie Identitätskonstruktionen die gängigen Normen und Werte stabilisieren oder aber in Frage stellen. Abschließend betrachten wir das Verhältnis von im

Kontext wirksamen strukturellen Herrschaftssystemen und bedeutsamen symbolischen Repräsentationen. Dieses Wechselverhältnis untersuchen wir wieder in zwei Richtungen. Zunächst fragen wir ausgehend von Strukturen im Hinblick auf Repräsentationen, wo und wie sich strukturelle Gegebenheiten auf Normen und Ideologien auswirken und wie sich entsprechend symbolische Repräsentationen darstellen. Umgekehrt analysieren wir, ob und wie sich die benannten Normen und Werte auf die Strukturebene auswirken und wie sie strukturelle Herrschaftsverhältnisse verändern. Im Idealfall lassen sich hier Aussagen treffen, inwieweit sich Strukturen und Repräsentationen gegenseitig stützen oder sich Verschiebungen von der Struktur- auf die Repräsentationsebene oder umgekehrt abzeichnen.

Mit diesem theoretisch fundierten Werkzeugkasten lassen sich intersektionale Analysen durchführen. Unser Ziel ist dabei zu erforschen, wie sich AkteurInnen selbst begreifen, wo sie Hindernisse für die Realisierung ihrer Lebensinteressen sehen, wo sie Unterdrückung und Diskriminierungen erfahren und wo sie auch Widerstandspotenziale erkennen. Im Folgenden möchten wir am Beispiel des Leistungsprinzips als kulturellem Symbol verdeutlichen, wie ein empirisches Vorgehen ausgehend von der symbolischen Repräsentationsebene von der intersektionalen Mehrebenenanalyse profitieren kann.

Empirie: Leistungsprinzip intersektional

Boltanski und Chiapello (2003: 42ff.) bezeichnen den Kapitalismus nicht nur als absurdes System, sondern verweisen darauf, dass dieser für sein Fortbestehen auf eine überzeugende Ideologie angewiesen ist. Diese sollte sowohl das individuelle Engagement begründen, als auch erklären, warum das System dem Allgemeinwohl diene. Da sich bei der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems keine einzelne und in sich stimmige Ideologie zur Legimitation konstruieren lässt, haben wir es mit einer Vielfalt von Normen und Werten zu tun, die es auf der symbolischen Repräsentationsebene in ihren kategorialen Verwobenheiten zu untersuchen gilt. Eine zentrale Rolle spielt

dabei die meritokratische Triade (bestehend aus Bildung, Beruf und Einkommen):

„Die Qualifikation soll in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position soll mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsideologie“ (Kreckel 1992: 97).

Dem meritokratischen Prinzip zufolge werden Güter und Belohnungen nach individuellen Leistungen verteilt, „wobei Chancen beim Bildungserwerb bzw. bei der Leistungsakkumulation nicht von Faktoren sozialer Herkunft abhängen dürfen (Chancengleichheit)“ (Hadjar 2008: 44). So stellt sich das Leistungsprinzip auch als „Methode zur Konstruktion von gerechten Ungleichheiten in einer Gesellschaft dar, die ansonsten auf die grundsätzliche Gleichheit der Individuen Wert legt“ (Dubet 2008:24). Geschlecht, Ethnie oder Alter dürfen also keine Rolle spielen – tun es faktisch aber. Um eine Ideologie handelt es sich, weil sie nicht auf die Förderung sachlicher Leistungsfähigkeit beschränkt bleibt, sondern gleichzeitig die Ungleichheit von Lebenschancen rechtfertigt.

Nur aber, was ist Leistung? Vielleicht gehört es zum Prinzip dieses Phänomens, dass es historisch wie kontextuell variabel ist (Neckel/Dröge 2002). War das Leistungsprinzip zunächst ein Instrument des Bürgertums, um die Privilegien des Adels zu kritisieren, fungierte es später als Rechtfertigungsideologie der kapitalistischen Verteilungsverhältnisse (Voswinkel/Kocyba 2008: 22). Auch die ArbeiterInnenbewegungen monierten die Kluft zwischen dem meritokratischen Prinzip und seiner unzulänglichen Verwirklichung. Damit kritisierten sie jedoch in der Regel nicht die Tatsache, dass soziale Ungleichheiten durch Leistungsunterschiede gerechtfertigt werden, sondern wandten sich nur gegen Ungerechtigkeiten in den Bewertungen von Leistung. Weitergehende Kritik am Verteilungssystem nach individueller Leistung kam von Frauenbewegungen, die nicht nur diskriminierende Löhne in typischen Frauenberufen anprangerten, sondern auch die Anerkennung der privat geleisteten Reproduktionsarbeit in Familien einforderten – bis heute weitgehend erfolglos.

Die Erfolgsgeschichte des Leistungsprinzips ist ferner darauf zurückzuführen, dass es ganz unterschiedliche Kriterien gibt, nach denen Leistung bemessen wird. Leistung lässt sich einerseits nach dem Input des Einzelnen, nach Einsatz, Arbeitsintensität und Arbeitszeit, aber auch nach Qualifikation, Talent, Körperkraft oder auch Schönheit bemessen. Andererseits lässt sich der Output, das Ergebnis bewerten, womit dann die Quantität und Qualität von Gütern und Dienstleistungen oder deren soziale Sinnhaftigkeit und Nützlichkeit oder eben der Markterfolg (Voswinkel/Kocyba 2008: 23f.) in den Vordergrund treten. Auch lässt sich Leistung in der Regel nur in Relation zu anderen Personen bestimmen. Dann aber kann es auch sein, dass das Geleistete nie ausreicht, da es immer Andere gibt, die mehr leisten können als man selbst. So erzeugen die individuellen Leistungsbilanzierungen nach wechselnden Kriterien Unsicherheit und die Überzeugung, „dass der Wert jedes Einzelnen in hohem Maß variabel ist und man sich jeden Tag auf Neue bewähren muss.“ (Boltanski/Chiapello 2003: 367).

Das Leistungsprinzip scheint sich als umstrittene Norm gerade wegen seiner inhärenten Widersprüche und der Mehrdimensionalität bei der Anwendung für immer wieder neue Debatten zu eignen: Ungleichheiten auf der Grundlage von Bildung werden durch den Verweis auf „Begabungsunterschiede“ naturalisiert und funktionalistisch als notwendig gedeutet – womit Klassenspezifika ausgeblendet bleiben (Solga 2005: 23-31). Nicht zuletzt ist die Fundamentalkritik am Leistungsprinzip verstummt, weil der „neue Geist des Kapitalismus“ kritische Forderungen nach Autonomie, Kreativität und Selbstbestimmung in die betrieblichen Leistungsdefinitionen selbst eingebaut hat (Dröge/Marrs/Menz 2008: 9). So bleibt es immer noch erstaunlich unumstritten, wenn ManagerInnen das Vielfache von Niedriglohnbeziehenden verdienen, und auch die exorbitanten Einkommen von SpitzensportlerInnen oder BörsenmaklerInnen erschüttern das Leistungsprinzip nicht grundlegend. Ferner stellt die fehlende Berücksichtigung der Leistung in Familien und im Ehrenamt das Prinzip an sich nicht in Frage.

Wer die Konjunktur der regelmäßig wiederkehrenden Faulheitsdebatten verfolgt, stellt fest, dass diese bislang meist vor Bundestagswahlen stattfanden, um die „Mitte“ der Gesellschaft zu mobilisieren (Oschmiansky/Schmid/Kull 2003). Entspre-

chend fiel es der offiziellen Politik wegen des breiten Bekenntnisses aller im Bundestag vertretenen Parteien zum Leistungsprinzip schwer, sich im Februar 2010 gegen die populistischen, markigen Sprüche des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle zur Wehr zu setzen. Dieser bestimmte über Wochen mit seinem Credo, dass Leistung sich wieder lohnen müsse, die Medienberichterstattung. Er stellt damit einerseits die Hartz IV EmpfängerInnen an den Pranger, die Geld beziehen ohne die entsprechende Leistung zu bringen. Andererseits empfiehlt er sich als Advokat der so genannten LeistungsträgerInnen in der gehobenen Mittelschicht, denen er über Steuererleichterungen Statusverbesserungen verspricht.

Diese gesellschaftlichen Diskurse zur Leistungsideologie verweisen gleichzeitig darauf, dass sich auch Erwerbslose aus eigener Kraft in den Arbeitsmarkt integrieren können und prekär Beschäftigte Aufstiegschancen in eine so genannte Normalbeschäftigung haben. Wer wegen mangelnden Leistungswillens keinen Erfolg hat, hat seine Erwerbslosigkeit oder Niedriglohnbeschäftigung selbst verschuldet und verdient dieser Diktion zufolge keine gesellschaftliche Unterstützung. Eng verbunden mit dem Leistungsprinzip sind damit Schuldzuweisungen der Faulheit, aber auch Hinweise auf individuelle Bildungs- und Qualifizierungsdefizite. Fast immer also wird die Ursache der Erwerbslosigkeit oder der prekären Beschäftigung mit den Merkmalen der Individuen verknüpft. So lässt sich festhalten, dass in den hegemonialen Diskursen Hierarchien, die auf der Kategorie Klasse beruhen, als weitgehend legitimiert gelten. Entsprechend sind die klassistischen Abstufungen zwischen Langzeiterwerblosen, Erwerblosen mit Arbeitslosengeld I, AufstockerInnen, prekär Beschäftigten, befristet Beschäftigten, Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis akribisch abgestuft und scheinen über das Leistungsprinzip abgesichert. Alle Einzelnen sind selbst dafür verantwortlich, auf welchem Platz sie sich befinden.

Ähnlich verhält es sich inzwischen auch mit der körperlichen Leistungsfähigkeit. In Debatten in Massenmedien aller Art ist eine gesunde Lebensführung gefordert, für die jede und jeder selbsttätig einstehen muss. Prophylaxe und die Sorge um sich selbst ermöglichen es, so das wiederkehrende Credo, Jungsein, körperliche Leistungsfähigkeit und entsprechendes Aus-

sehen bis ins numerisch hohe Alter zu erhalten – und auch selbst zu bezahlen (Brenneis 2007). Entsprechend stehen alle Einzelnen in der Verantwortung, sich fit zu halten. Es gilt die eigenen Körper so zu formen und zu gestalten, dass sie vielfältigen Anforderungen gerecht werden. Dies schlägt sich auch in öffentlichkeitswirksamen Debatten in Massenmedien um die Optimierung des Körpers, Schönheitsoperationen, Wellness, Doping und neuerdings Neuro-Enhancement nieder (Haubl/Liebsch 2009). In diesem Sinn nähern sich die Diskurse um die körperliche Verfasstheit den Leistungsdiskursen an, mit denen sich klassistische Hierarchien legitimieren lassen. Die gegenseitige Verwobenheit der Rechtfertigungen von klassistischen und körpernormierenden Diskriminierungen wird auch dadurch deutlich, dass Körper als Symbole zur Inszenierung von Wohlstand und Status dienen.

Deutlich anders sieht es mit den Kategorien Rasse und Geschlecht aus, deren Relationalität und Unterscheidbarkeit sich auf eine naturalisierte Differenz bezieht. Mit dieser Naturalisierung gewinnen diese beiden Kategorien ihre besondere Bedeutung für die Gesellschaft, da sie nicht hinterfragbar scheinen. Nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehörige Menschen werden über andere Hautfarben, Körperkonstitutionen, Ethnien, Religionen oder Weltanschauungen rassifiziert und damit zu Anderen gemacht. Rassistische Argumentationen zielen darauf ab, Menschengruppen durch symbolische Klassifikationen als ‚von Natur aus‘ ungleiche zu markieren. Sie ermöglichen es ebenso wie stereotype Geschlechterbilder, die Anderen „begründet“ aus dem Rennen um die Leistungsstarken auszugrenzen (Wilz 2008) und legitimieren damit soziale Unterschiede trotz herrschender Gleichheitsideologie und trotz Leistungsprinzip. Dafür eignet sich in massenmedialen Debatten auch immer wieder der Aspekt der Generativität. So gibt es unendliche Stereotype, welche Aufgaben Müttern obliegen. Unabhängig ob sie wie in fordistischen Zeiten sich möglichst umfassend um die Kindererziehung kümmern sowie die Hausarbeit für die Familien übernehmen oder heute als postfordistische Alltags-Managerinnen Beruf, Erziehung der Kinder, Pflege der Alten und vieles mehr zusammenbringen sollen: In beinahe jedem Kontext spielen stereotype Bilder von Müttern mit fehlender Leistungsbereitschaft in der Erwerbsarbeit und/oder der Sor-

gearbeit beziehungsweise dem Gegenpart der Kinderlosen mit ihrer fehlenden sozialen Verantwortung eine bedeutsame und disziplinierende Rolle. Diese Bilder fallen oft recht unterschiedlich aus, je nachdem, ob es sich um migrantische, kranke, arme oder aber deutsche, gesunde, hoch qualifizierte Mütter handelt.

Auch bei der diskursiven Einordnung von Erwerbslosen wird deutlich, wie sehr Klassifizierungen entlang zugeschriebener Merkmale funktioniert. So unterscheidet Hans Uske (2000: 171ff.) in einer Untersuchung zum öffentlichen Diskurs zu Arbeitslosigkeit die Wahrnehmung „echter“ Arbeitsloser, die schicksalhaft entlassen wurden, die Familie ernähren oder alle Ansprüche an die gesuchte Arbeit aufgegeben haben, von den „unechten“. Bei den „unechten“ lassen sich drei Typen unterscheiden: der/die Arbeitslose *will* nicht arbeiten (Drückeberger, Sozialschmarotzer), *kann* nicht arbeiten (unqualifiziert, alt, behindert, teilzeitsuchend, immobil), *darf* nicht arbeiten (Frauen als „Zubrotverdienerinnen“, AusländerInnen). Es ist die Aufgabe einer Mehrebenenanalyse, die Wechselwirkungen von unterschiedlichsten Kategorien auf der symbolischen Repräsentationsebene herauszuarbeiten.

Mit unserem praxeologischen Ansatz bleiben wir zur Analyse solcher Zusammenhänge nicht auf der Repräsentationsebene stehen, sondern fragen nach Identitätskonstruktionen, in denen Leistungsprinzipien herangezogen werden. Und weiter fragen wir, mit welchen strukturellen Herrschaftsverhältnissen die wahrnehmbaren Repräsentationen in beispielsweise Politikerreden oder Medienberichten korrespondieren.

Identitätskonstruktionen

Welchen Stellenwert die Einschätzung der eigenen Leistung im Vergleich zu Anderen für Identitätskonstruktionen hat, lässt sich letztendlich nur durch empirische Untersuchungen rekonstruieren. So kommt die Studie von Francois Dubet (2008) bei der Analyse von Ungerechtigkeitsempfinden in der Auswertung von 261 halboffenen Interviews mit Erwerbstätigen und elf mehrstündigen Gruppengesprächen mit Angehörigen einer Berufsgruppe zu dem Ergebnis, dass die Befragten wegen ihrer Anstrengungen anerkannt und bezahlt werden möchten. Dubet findet unterschiedliche Kritiken am Leistungsprinzip. „Die hef-

tigste ist immer noch die an der Ausbeutung“, die das Ungleichgewicht zwischen Leistung und Gegenleistung angreift und „als Beraubung erlebt“ (ebd. 467). Diese Kritik äußern vor allem ArbeiterInnen. Ferner ziehen die Erwerbstätigen unentwegt Vergleiche und artikulieren Kritik an Unterschieden, die nicht durch Leistung im Sinne von Input, also Aufwand und Qualifikation gedeckt sind. Dieses Vergleichen wird dann besonders schwierig und gleichzeitig auch besonders dringlich, wenn nicht Güter, sondern Dienstleistungen erbracht werden, da dort der emotionale Aufwand nicht messbar und nicht objektivierbar ist. So „geht aus dem Leistungsprinzip eine fortlaufende Kette von Frustrationen hervor, eine Welt des Neides und der Eifersucht“ (ebd.). Und schließlich wird Vetternwirtschaft, Mobbing und Bewertung nach persönlicher Sympathie beklagt. Doch trotz aller Vehemenz dieser Kritiken wird die Bedeutung des Leistungsprinzips nicht in Frage gestellt.

Die unterschiedlichsten Identitätskonstruktionen bezüglich Leistung lassen sich ferner in einer Untersuchung von Neckel/Dröge/Somm (2008) zur Relevanz des Leistungsprinzips als Rechtfertigung sozialer Ungleichheit verfolgen. In Diskussionen mit ausgewählten Sozialgruppen stellen die ForscherInnen verschiedene Bewertungslogiken von Leistung fest. So vertreten beispielsweise niedrig qualifizierte Personen einen arbeitszentrierten Leistungsbegriff, wonach der Aufwand, also der Input, entscheidend ist für die Leistung. Diesen Leistungsbegriff bezieht diese Gruppe allerdings nur auf die eigene Soziallage, nicht aber auf die höher qualifizierten Gruppen z. B. im Management. Damit können sie die Belohnungsverteilung zwischen „Oben“ und „Unten“ nicht kritisieren. Höhere gesellschaftliche Schichten hingegen verallgemeinern ihre Perspektive mit weit größerer Selbstverständlichkeit. Obwohl sich auch dort nicht alle Tätigkeiten einer marktförmigen Bewertung fügen, wird der Markterfolg, also der am Markt messbare Output, vergleichsweise konkurrenzlos zum dominanten Maßstab erhoben. Gleichzeitig bezieht sich diese Gruppe auf die individuelle Selbstverwirklichung, die bedeutsam für die einer Person zugeordneten Leistung sei. Diesen so genannten gesellschaftlichen LeistungsträgerInnen, die Leistung am Grad der Selbstverwirklichung und vor allem des Markterfolgs messen, gelingt es, ihre Bewertungslogiken als dominant zu setzen und anders

gewichtete Leistungsbegriffe zu relativieren. Die AutorInnen betonen allerdings auch, dass dies nicht bedeuten muss, dass in anderen Kontexten die Aufwandsdimension und damit verbunden die Norm der Chancengleichheit weiterhin handlungsleitende Werte bleiben. Festzuhalten ist, dass nicht nur unterschiedliche Verständnisse von Leistung koexistieren, sondern dass unterschiedliche Leistungsverständnisse u.a. im Zusammenhang mit Milieu-, Qualifikations- und Altersdifferenzen stehen.

Wie stark unterschiedliche Legitimationsmuster in Bezug auf Leistung auch mit weiteren identitären Differenzkategorien verwoben sein können, zeigt sich in unseren Erfahrungen aus Interviews mit Erwerbslosen (Winker/Degele 2009: 99ff.). Die im Jahr 2007 von Studierenden in Hamburg und Freiburg befragten 13 Erwerbslosen orientieren sich unhinterfragt an der Norm des Leistungsprinzips. Dies gilt zunächst ganz ausgeprägt für den Typus von Befragten, die Erwerbsarbeit ins alleinige Zentrum ihrer Zukunftsplanung stellen und sich darüber vor allem gesellschaftliche Integration versprechen. Diese erwerbslosen Personen setzen sich sehr stark mit dem öffentlichen Bild auseinander, dass sie sich nicht genug engagieren würden, um einen Arbeitsplatz zu finden. Sie nehmen die Aufforderung zu noch mehr Eigeninitiative ernst, fragen sich allerdings auch, was sie eigentlich noch alles tun und lernen sollen, um ihre Employability zu erhöhen. Auch ein zweiter Typus von Befragten, die wegen Drogennutzung und Krankheiten zumindest teilweise die Kontrolle über den eigenen Körper verloren haben, strebt danach, mit eigener Leistung die Verantwortung für die eigene Reproduktion wieder übernehmen zu können. Diese Personen setzen sich mit dem Vorwurf auseinander, sie würden bewusst ihren Körper und damit ihre Leistungsbereitschaft ruinieren. Die Befragten eines dritten Typus setzen alles daran, ihren Verpflichtungen als Mutter nachzukommen und die Versorgung ihrer Kinder zu sichern. Insbesondere die Mütter mit Migrationshintergrund werden dabei mit einer besonderen Variante des Schmarotzerbilds konfrontiert, das ihnen vorwirft, mit ihren Kindern in die BRD einzureisen, um vom bundesrepublikanischen Sozialstaat zu profitieren. Die Interviewpersonen des vierten Typus sehen sich als KünstlerInnen oder als NGO-AktivistInnen, die gesellschaftlich nützliche Dinge

leisten und zur eigenen Existenzsicherung eine finanzielle Grundabsicherung benötigen. Diese Personen sehen sich mit Vorwürfen konfrontiert, dass sie als DrückebergerInnen keine finanzielle Unterstützung verdienen, da sie nicht bereit seien, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. So finden wir bei erwerbslosen Leistungswilligen durchgängig die starke Auseinandersetzung mit Bildern, die ihnen die Selbstverschuldung ihrer Situation vor Augen führt. Diese verschiedenen Ausprägungen in unserer Untersuchung machen deutlich, dass sich die Ideologie des Schmarotzertums als Kehrseite des Leistungsprinzips in seinen vielfältigen Facetten hartnäckig hält und zwar in allen Gruppen mit ansonsten recht unterschiedlichen Lebensbedingungen und recht unterschiedlichen Identitätskonstruktionen.

An den hier nur skizzierten empirischen Beispielstudien lässt sich zeigen, dass sich symbolischer Repräsentationen gerade in der Vielfalt ihrer Bedeutungen und Wirkungen durch die Analyse alltäglicher sozialer Praxen und damit verbundener Identitätskonstruktionen verstehen lassen. Um aber auch Verschiebungen in der Leistungsideologie über die Zeit feststellen zu können, bedarf es darüber hinaus einen Blick auf soziale Strukturen, sprich Herrschaftsverhältnisse und deren Wandel.

Strukturen

Bereits oben haben wir darauf hingewiesen, dass das Leistungsprinzip deutlich widersprüchlich ist und sich im historischen Kontext wandelt. Entsprechend hat es im neoliberalen System auch auf struktureller Ebene Veränderungen erfahren. Es genügt nicht mehr, seine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit zur Verfügung zu stellen, sondern der gesamte Mensch hat sich in den Arbeitsprozess einzubringen. In der Arbeitssoziologie wird dieser Wandel unter Schlagworten wie Flexibilisierung, Subjektivierung oder Entgrenzung von Arbeit debattiert. Ebenso stellt das Konzept der Employability die eigenverantwortliche Gestaltung des Arbeitslebens in den Vordergrund. Das gilt nicht nur für Erwerbstätige. Hartz IV-EmpfängerInnen etwa müssen sich permanent für Selbstverbesserung und Weiterqualifikation zur Verfügung halten, um die Unterstützung nicht zu verlieren. Kein Wunder: „Employability bietet einen hohen

Nutzen für Unternehmen.“ (Rump/Eilers 2006: 26) Diese Entwicklungen im neoliberalen System bedeuten, dass Arbeitskräfte genau diejenige Leistung bieten müssen, die Märkte gerade fordern, also Güter und Dienstleistungen, die profitabel zu realisieren sind. In diesem Zusammenhang ist die Vermarktlichung des Leistungsprinzips zu einer zentralen Herausforderung für die Legitimation sozialer Statusunterschiede geworden (Neckel/Dröge 2002). Der Marktpreis gilt als ein gerechtes Lohnkriterium, Leistung wird vom Aufwand entkoppelt. So „werden Kriterien des Markt- und Verkaufserfolgs zu zentralen Merkmalen des Leistungsbegriffs“ (Voswinkel/Kocyba 2008: 33).

Diese Entwicklung hat für die vier Herrschaftsverhältnisse jeweils einzeln und in ihrer Verwobenheit unterschiedliche Auswirkungen. Bodyismen bauen wie Klassismen auf Selbsttechnologie und Employability. Dort wird also die Anforderung verschärft, sich selbstverantwortlich für die eigene fachliche und körperliche Leistungsfähigkeit einzusetzen. Oft lassen sich für die einzelne Person die Herausforderungen dieser beiden Herrschaftsverhältnisse gar nicht mehr trennen, so verwoben sind diese beiden Systeme inzwischen. Bei den zunehmenden psychosomatischen Krankheiten wird dies besonders deutlich. Es kommt verstärkt zu Problemen zwischen beruflichen Anforderungen und körperlicher Leistungsfähigkeit, Karriere und Gesundheit schließen sich oft aus. Ein Indikator dafür ist der Krankenstand in deutschen Betrieben: 2009 war er so niedrig wie selten zuvor. Statistiken des Bundesgesundheitsministeriums zufolge lag der Krankenstand bei 3,3 Prozent der Sollarbeitszeit. 1999 lag er bei 4,4 Prozent. Aufschlussreich dagegen: Der Anteil psychischer Erkrankungen hat sich seit Wiedervereinigung verdoppelt (vgl. dpa 28.12.09). Mit dem allgemeinen Ziel der Leistungssteigerung schwimmt auch die Grenze zwischen Krankheit und Gesundheit. So stellt Ines Geipel (2010) fest: „Körper und Geist werden gedopt – etwas hübscher gesagt optimiert und auch enhanct – was das Zeug hält.“

Aber auch wenn sich Leistung nach ganz unterschiedlichen Kriterien messen lässt und die Norm des Leistungsprinzips die ganze Gesellschaft durchdringt (zur Hervorbringung von Leistungskriterien durch Messverfahren vgl. Nadai/Maeder 2008), wird sie dennoch bei der Haus- und Sorgearbeit nicht ange-

wandt (vgl. Wilz 2008). Reproduktionsarbeit findet keinen Eingang in das Leistungsprinzip. Zwar gibt es auch dort Anrufungen, Kraft in die Familienarbeit zu stecken, doch steht diesen Leistungsaufforderungen keinerlei finanzielle Entlohnung gegenüber. Bestenfalls erfährt dieser Typus von Arbeit Anerkennung im Sinne eines gewürdigten Pflichtethos, das den Opfercharakter von Erziehungs- und Versorgungstätigkeiten zum Ausdruck bringt (Voswinkel 2002: 71ff.). Diese Abwertungen und Diskriminierungen von Sorgearbeitenden waren sowohl in die im Fordismus auf Arbeitsaufwand als auch in die im Postfordismus auf Markterfolg optimierten Leistungsregulierungen eingeschrieben. Dabei bleibt die Reproduktion von Arbeitskräften als Grundbedingung für Markterfolge unsichtbar, was auch strukturell geschlechterhierarchische Arbeitsteilungen stabilisiert.

Auch rassistische Ausgrenzungen bleiben bestehen. Denn ein fehlender Zugang zum Arbeitsmarkt wegen rigider Einwanderungsgesetzgebungen verunmöglicht heute wie damals die Demonstration von Leistungsfähigkeit. Allerdings sind auch dort strukturell Änderungen sichtbar. In den 1960ern und 1970ern etwa wurden AusländerInnen angeworben, wenn ökonomischer Bedarf nach einer bestimmten Qualifikation von Arbeitskräften bestand. Heute werden MigrantInnen mit einer Duldung aufgerufen, Leistung zu zeigen, sich zu bewähren, sich einen eigenen Markterfolg zu realisieren, dann können sie im Lande bleiben, ansonsten werden sie abgeschoben. Und auch Kinder mit Migrationshintergrund sind im Bildungssystem strukturell benachteiligt, wenn sie beispielsweise deutlich seltener bei gleichen Schulnoten, also bei gleicher Leistung, die Empfehlung für das Gymnasium erhalten als Kinder ohne Migrationshintergrund (vgl. Schulze/Unger/Hradil 2008).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Meritokratie, die Herrschaft von Leistung, ist ein allgemein anerkanntes, performativ wirksames Prinzip und als Norm im Allgemeinwissen verankert. Dieses System hält Klassismen und Bodyismen direkt aufrecht. Da jeder und jede für die eigene kulturelle und körperliche Leistungsfähigkeit verantwortlich ist, diese sich am Markterfolg beweisen kann, lassen sich strukturelle Benachteiligungen entlang der Strukturkategorie Klasse und Körper, also entlang von sozialer Herkunft, Bildung, Beruf sowie Alter, Aus-

sehen, gesundheitlicher Verfasstheit und vieles mehr, durch das Leistungsprinzip legitimieren. Neben dieser Herrschaft des Leistungsprinzips wirken unterschiedliche Naturalisierungen in bezug auf Geschlecht und Rasse. Doch lassen sich diese im Rahmen des strukturell anerkannten Leistungsprinzips ebenfalls kaum angreifen. Denn wenn nicht mehr die erzielte Qualifikation oder der Aufwand zählt, sondern der Markterfolg, dann ist es adäquat, wenn Frauen mit Reproduktionsverpflichtungen wegen geringerer Flexibilität weniger erfolgreich sind oder wenn Unterschiede in der ethnischen Herkunft bzgl. Sprache zu unterschiedlichen Markterfolgen führen. Das bedeutet gleichzeitig, dass sich bei allen vier Herrschaftsverhältnissen die Rechtfertigungsmuster von Leistung als Input zu Leistung als Markterfolg verschieben (Neckel/Dröge/Somm 2008: 55). Diese Erkenntnis ist gerade auch für KritikerInnen des Leistungsprinzips von Bedeutung.

Entsprechend zu kurz greifen dann auch Anti-Diskriminierungsgesetze wie das bundesdeutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Dort steht immer noch das Gleichheitspostulat im Vordergrund. Bei gleicher Schulbildung und bei gleicher Berufserfahrung darf nicht diskriminiert werden. Was aber, wenn immer mehr Markterfolge die Leistungsfähigkeit bestimmen? Umso fataler in diesem Zusammenhang ist es, dass das bundesdeutsche Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz Diskriminierungen entlang der Kategorie Klasse ignoriert. Das hängt damit zusammen, dass bei der Legitimation von Klassismen kein Rekurs auf Natur erfolgt, sondern auf persönlich zurechenbare Leistung verwiesen wird. Wenn dort keine Auseinandersetzungen geführt werden, obwohl gerade heute die Kluft zwischen arm und reich immer weiter zunimmt und Bildungserfolge wieder verstärkt von familiären ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen und damit von sozialer Herkunft abhängen, hat dies auch Konsequenzen für die anderen Herrschaftsverhältnisse. Sie werden an der strukturellen Gleichheit gemessen, obwohl der Markterfolg als Leistungsfaktor sich weitgehend durchgesetzt hat und ein Gleichheitspostulat im neoliberalen System der Eigenverantwortung politisch kaum weiterführen kann. Denn ein grundlegendes Paradox besteht darin, dass das Leistungsprinzip in der Praxis zwar dazu dient, „Selektionen als normativ richtig *darzustellen*“ (Nollmann

2004: 43), es sich bei genauer Betrachtung aber nicht um eine Leistungsgesellschaft handelt, sondern um ein sich wechselseitig aneinander steigernden Wechselspiel von *achievement* und *ascription*: Die vermeintliche Leistungsgesellschaft kommt ohne eine Naturalisierung von Ungleichheiten nicht aus, um diese zu legitimieren.

Mit diesem nur kurzen Abriss verweisen wir beispielhaft darauf, dass in der Auseinandersetzung mit symbolischen Repräsentationen, also mit Ideologien, Werten und Normen, es unabdingbar ist, auch die darin angesprochenen Herrschaftsverhältnisse aufzudecken. Nur so lassen sich Ansatzpunkte für kollektives Handeln herausarbeiten.

Resümee

Wir können also festhalten: Das meritokratische Leistungsprinzip hat sich mit der Vermarktlichung immer neuer gesellschaftlicher Bereiche verändert, insofern nicht der Aufwand, sondern die Marktgängigkeit im Zentrum steht. Dennoch bleiben die Leistungsbewertungen je nach Kontext unterschiedlich, so dass auch für Erwerbslose oder Beschäftigte, die ihre Leistung am eigenen Aufwand messen, noch genug normativer Ansporn bleibt sich anzustrengen. Wie sich die unterschiedlichen Ausprägungen des Leistungsprinzips konkret äußern, lässt sich nicht nur auf der Repräsentationsebene untersuchen, sondern es gilt zu schauen, wo diese Werte ihren Widerhall in den Identitätskonstruktionen von unterschiedlichen Personengruppen finden, wie wir es oben gezeigt haben. Mit den Verweisen auf die strukturellen Herrschaftsverhältnisse können wir darüber hinaus sehen, wie vielfältig das Leistungsprinzip in die vier Herrschaftsverhältnisse Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen eingebunden ist. Diese Sicht ermöglicht vor allem den KritikerInnen, die Vielschichtigkeit der symbolischen Repräsentationen von Leistung zu durchdringen. Denn eine Stärke dieser Ideologie ist es, je nach Zusammenhang und Kontext den Maßstab, an dem Leistung gemessen wird, zu wechseln. Während über Klassismen und Bodyismen Menschen dazu aufgerufen werden, sich selbst zu formen und den diffusen Leistungsansprüchen zu folgen, stehen mit hete-

ronormativen und rassistischen Argumentationen immer wieder normative Bausteine bereit, die Einzelne aufgrund naturalisierter Merkmale aus dem Wettkampf auszuschließen, sei es durch die Aufrufung der Reproduktionsverantwortung bei primär Frauen oder durch rassistische Beschwörungen, mit denen jenseits des Leistungsprinzips Zugangsberechtigungen legitimiert werden.

Der Gewinn unseres intersektionalen Ansatzes liegt nun darin, im Zugang über Wechselwirkungen von Kategorien und Ebenen die Widersprüchlichkeiten symbolischer Repräsentationen aufzudecken. Wenn primär kulturelle Symbole im Mittelpunkt einer Untersuchung stehen, lassen sich zunächst eine Vielzahl von Kategorien und deren Verwobenheit auf der Repräsentationsebene identifizieren. Da die Normen allerdings in der Regel sich sehr vielschichtig darstellen, was in einem kapitalistischen System mit seinen internen Widersprüchen nicht erstaunlich ist, macht es Sinn, deren Bedeutung in verschiedenen Kontexten zu analysieren. Dies lässt sich durch die Herausarbeitung von Identitätskonstruktionen bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erreichen. Um darüber hinaus den Zusammenhang mit strukturellen Herrschaftsverhältnissen in einer solchen Untersuchung nicht zu verlieren, ist es wichtig, sowohl die Identitätskonstruktionen als auch die analysierten soziale Repräsentationen mit den strukturellen Herrschaftsverhältnissen zu verbinden. Entsprechend ist es notwendig, danach zu suchen, wo und wie Massenmedien und Einzelpersonen auf Klassismen, Heteronormativismen, Rassismen und Bodyismen verweisen. Bei diesem Herangehen lassen sich durch das Offenhalten der Kategorien auf der Identitäts- und Repräsentationsebene Reduktionen vermeiden und durch die Festlegung von vier Kategorien auf der Strukturebene dennoch Herrschaftsverhältnisse klar benennen. Damit führen wir bislang isolierte und verstreute Wissensbestände und Theorien zusammen.

Schließlich verbinden wir das wissenschaftliche und zumal das intersektionale wissenschaftliche Arbeiten mit der Suche nach Möglichkeiten für politisches Handeln. Mithilfe unseres intersektionalen Werkzeugkastens können wir die bestehenden Verhältnisse in ihren diskriminierenden und abwertenden Formen beschreiben, dabei aber auch Widersetzungen der In-

interviewpersonen gegenüber Ungleichheiten auf der Grundlage unterschiedlicher Differenzkategorien und auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar machen. So lassen sich – das ist unsere Hoffnung und unser Ziel – mit intersektionalen Ungleichheitsanalysen theoretisch fundierte Handlungsmöglichkeiten für unterschiedliche AkteurInnen aufzeigen und Hinweise für soziale Bewegungen, insbesondere für queer-feministische Initiativen geben.

Literatur

- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brenneis, Judith Simone (2007): *Aging Workforce. Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang von Arbeitsfähigkeit, körperlicher Leistungsfähigkeit, sportlicher Aktivität, Übergewicht, sozialen Ressourcen und Alter*. Berlin: Verlag im Internet.
- Davis, Kathy (2008): „Intersectionality as buzzword. A sociology of science perspective on what makes a feminist theory successful“. *Feminist Theory* 9, S. 67-85.
- Deutsch, Francine M. (2007): „Undoing Gender“. *Gender & Society* 21, S. 106-127.
- Dröge, Kai/Marrs, Kira/Menz, Wolfgang (2008): „Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft – zur Einleitung“. In: dies. (Hg.): *Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*. Berlin: edition sigma, S. 21-39.
- Dubet, François (2008): *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Geipel, Ines (2010): *Hybris und Chemie oder: Die gedopte Gesellschaft*, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/essay_unddiskurs/1119760/>

- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society, Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge: Polity Press.
- Hadjar, Andreas (2008): *Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Harding, Sandra (1991): *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht*. 2. Aufl., Hamburg: Argument.
- Haubl, Rolf/Liebsch, Katharina (2009): „Psychopharmakologisches Enhancement der Gebrauch von Ritalin in der Leistungsgesellschaft“. *Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung*, S. 173-195.
- Hirschauer, Stefan (2001): „Das Vergessen des Geschlechts. Zur Praxeologie einer Kategorie sozialer Ordnung“. In: Bettina Heintz (Hg.): *Geschlechtersoziologie. Sonderheft 41 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, S. 208-235.
- Kreckel, Reinhard (1992): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt/New York: Campus.
- Nadai, Eva/Maeder, Christoph (2008): „Messen, klassieren, sortieren. Zur Konstruktion von ‚Leistung‘ und ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ in Unternehmen und Arbeitslosenprogrammen“. In: Kai Dröge/Kira Marrs/Wolfgang Menz (Hg.): *Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*. Berlin: edition sigma, S. 177-194.
- Neckel, Sighard/Dröge, Kai (2002): „Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft“. In: Axel Honneth (Hg.): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus, S. 93-116.
- Neckel, Sighard/Dröge, Kai/Somm, Irene (2008): „Das umkämpfte Leistungsprinzip. Deutungskonflikte um die Legitimation sozialer Ungleichheit“. In: Kai Dröge/Kira Marrs/Wolfgang Menz (Hg.): *Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*. Berlin: edition sigma, S. 41-56.

- Nollmann, Gerd (2004): „Leben wir in einer Leistungsgesellschaft?“ *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 29, S. 24-48.
- Oschmiansky, Frank/Schmid, Günther/Kull, Silke (2003): „Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen und Strukturprobleme der Missbrauchsdebatte.“ *Leviathan* 31, S. 3-31.
- Rump, Jutta/Eilers, Silke (2006): „Managing Employability“. In: Jutta Rump/Thomas Sattelberger/Heinz Fischer (Hg): *Employability Management. Grundlagen, Konzepte, Perspektiven*. Wiesbaden: Gabler, S. 13-73.
- Schulze, Alexander/Unger, Rainer/Hradil, Stefan (2008): *Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I*. <http://www.uni-mainz.de/downloads/sozialbericht_schulze_unger_hradil.pdf> (14.03.10).
- Solga, Helga (2005): „Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen“. In: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hg): *Institutionalisierte Ungleichheiten? Stabilität und Wandel von Bildungschancen*. Weinheim/München: Juventa, S. 19-38.
- Uske, Hans (2000): „Sozialschmarotzer‘ und ‚Versager‘. Missachtung und Anerkennung in Diskursen über Massenarbeitslosigkeit“. In: Ursula Holtgrewe/Stephan Voswinkel/Gabriele Wagner (Hg): *Anerkennung und Arbeit*. Konstanz: UVK, S. 169-192.
- Voswinkel, Stephan (2002): „Bewunderung ohne Würdigung? Paradoxien der Anerkennung doppelt subjektivierter Arbeit“. In: Axel Honneth (Hg): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 65-92.
- Voswinkel, Stephan/Kocyba, Hermann (2008): „Die Kritik des Leistungsprinzips im Wandel. In: Dröge, Kai/Kira Marrs/Wolfgang Menz (Hg.): *Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft*“. Berlin: edition sigma, S. 21-39.
- West, Candace/Fenstermaker, Sarah (1995): „Doing Difference“. *Gender & Society* 9, S. 8-37.
- Wilz, Sylvia (2008): „Die ‚Leistung‘ des Geschlecht. Zur sozialen Praxis von Geschlechterdifferenzierung und Leistungsbeurteilung in Organisationen“. In: Kai Dröge/Kira Marrs/

Wolfgang Menz (Hg.): Rückkehr der Leistungsfrage. Leistung in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft. Berlin: edition sigma, S. 123-134.

Winker, Gabriele (2007): „Traditionelle Geschlechterarrangements unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft“. In: Melanie Groß/Gabriele Winker (Hg.), Queer-|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Münster: Unrast, S. 15-49.

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript.